

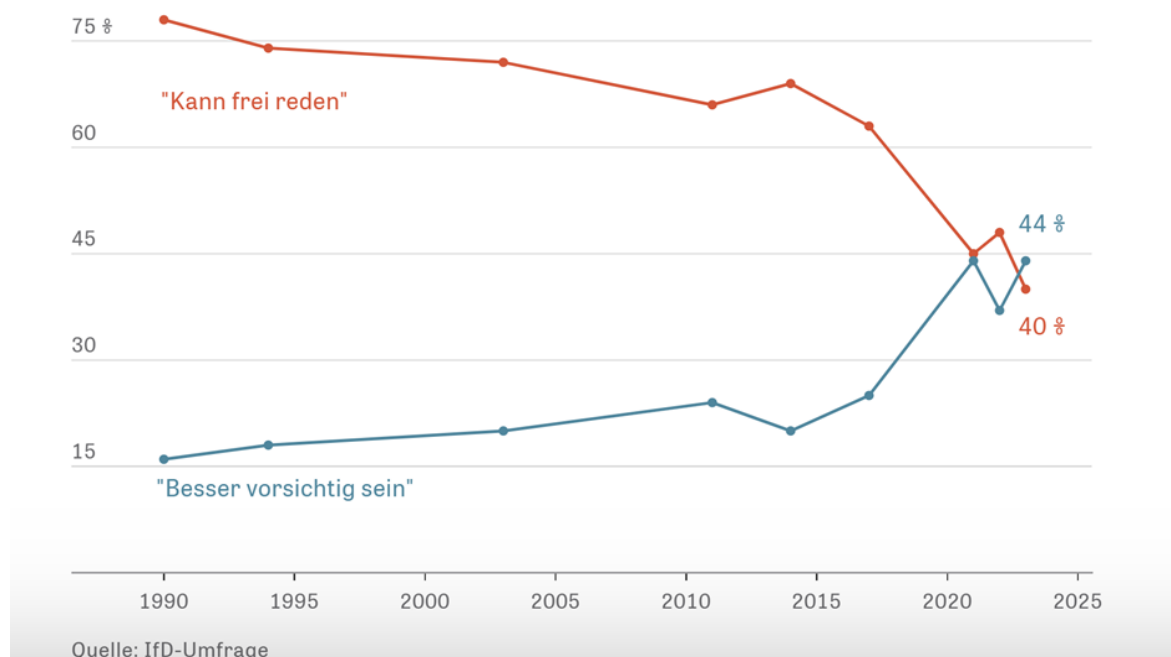
Für eine integrative, demokratische Alternative zur “Allianz gegen Rechtsextremismus”

1. Analyse:

Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie. Unser Rechtsstaat setzt hierzu Grenzen, die von allen gleichermaßen respektiert werden müssen. Wer sich an dessen Stelle zum Schiedsrichter über den politischen Wettbewerb aufschwingt, gefährdet unsere Demokratie. Das laut Umfragen bereits gesunkene Vertrauen in die Meinungsfreiheit würde so weiter schwinden.

Gefühlte Meinungsfreiheit im Zeitvergleich

"Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?"

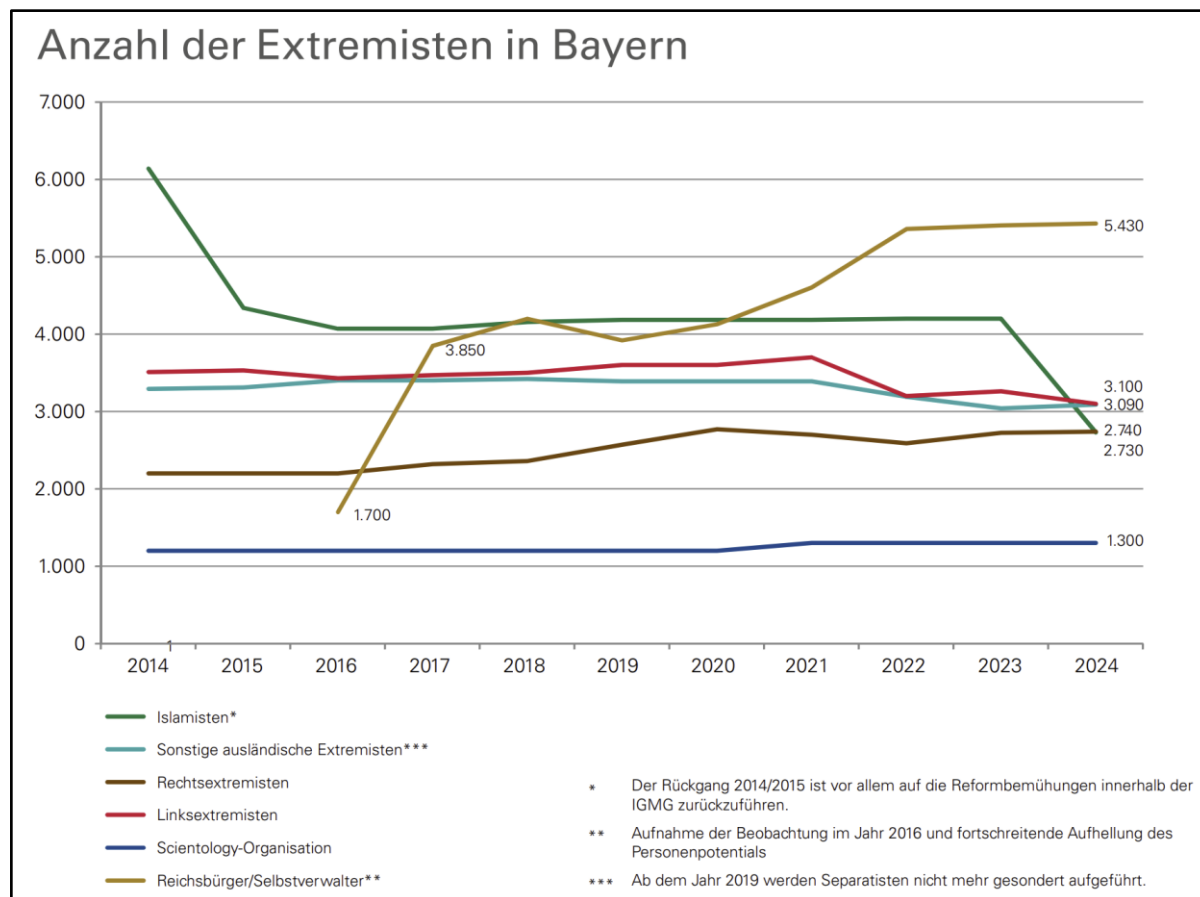


Grafik: www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023

Öffentliche Institutionen haben in ihrem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung die besondere Pflicht, Pluralismus und freien politischen Wettbewerb, insbesondere die Chancengleichheit der Parteien, zu ermöglichen und zu erhalten. Gleichzeitig müssen sie gegenüber extremistischen Angriffen wachsam und wehrhaft sein. Die Vernachlässigung einer der unterschiedlichen Bedrohungen wäre unverantwortlich.

Der bayerische Verfassungsschutzbericht von 2024 verzeichnet immer noch jeweils mehr Linksextremisten und auslandsbezogene Extremisten sowie fast genauso viele Islamisten wie Rechtsextremisten. Zurecht war daher der einstimmige Beitrittsbeschluss des Kreistages Fürth zur “Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg” mit dem erklärten Ziel verbunden, diese gegen jeden Extremismus auszurichten. Aber das mißlang seit 16 Jahren ebenso wie eine belegbare Reduzierung von Rechtsextremisten durch die “Allianz”.

Veranstaltungen dieser, auf denen bereits im Vorhinein dem Publikum vom Podium herab gedroht wird, abweichende, angeblich "rechtspopulistische" Meinungen zu unterbinden, statt zu widerlegen, können Demokraten nur irritieren. Das Engagement für Demokratie wird durch solche mangelnde Diskussionskultur diskreditiert und aufgegeben, weil mit dem (vermeintlich) extremistischen Bade auch das demokratische Kind ausgeschüttet wird.



Graphik des bay. VS-Berichts https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2024_250408_pk.pdf

Auch das Aufklären von Verschwörungstheorien wird unglaublich, wenn man hinter der ganzen rechten Hälfte unserer politischen Kultur eine Verschwörung vermutet und den Kreis der Rechtsextremisten auf alle Kritiker teils rechtswidriger Corona- und Asyl-Maßnahmen ausdehnt. Dies verengt die Debatte und verwässert die politischen Begriffe.

Die Bundeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz unterscheiden dagegen zwischen rechts, rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextrem. Nur letzteres ist verfassungsfeindlich (Die grüne Ex-Regierungspartei wirbt sogar bis heute mit dem Begriff "radikal": <https://www.gruene-bundestag.de/publikationen/publikation/umweltpolitik/>).

Der Vorsitzende der "Allianz" mußte bereits eine Unterlassungserklärung unterschreiben, die ihm untersagt, wahrheitswidrig den Nürnberger AfD-Bundestagsabgeordneten Martinichert als Holocaust-Leugner zu bezeichnen. Mit dem Begriff "menschenfeindlich" entmenslicht er den parteipolitischen Gegner AfD. Parteigliederungen der Linken sind andererseits Mitglieder in der "Allianz".

Die "Allianz" schreckt selbst nicht vor einem Hineinregieren in die neutrale kommunale Selbstverwaltung zurück: Kommunen, wie der Gemeinde Schwarzenbruck, wird der Beitritt verwehrt, wenn sie sich nicht von örtlichen Unternehmern und Bürgern distanzieren, weil diese sich gesellschaftskritisch unerwünscht engagieren (siehe den Fall des youtube-Kanals "[Hallo Meinung](#)" von Peter Weber: <https://n-land.de/lokales/schwarzenbruck/kein-zutritt>.)

TOP Ö 7: Beitritt zur Allianz gegen Rechtsextremismus (Antrag der CSU-Kreistagsfraktion vom 15.05.2009)

Sitzung: 06.07.2009 6 KA 2008/2014

Beschluss: Beschluss:

Abstimmung: Ja: 11, Nein: 0

1. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einen Beitritt des Landkreises Fürth zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg.
Der Landkreis wendet sich in diesem Zusammenhang gegen jeglichen politischen, religiösen und verfassungsfeindlichen Extremismus in all seinen Facetten.
Der Landrat wird ermächtigt und beauftragt, mit der Allianz Gespräche zu führen, mit dem Ziel das Handlungsprogramm auch gegen alle anderen demokratiefeindlichen Bewegungen nutzbar zu machen.

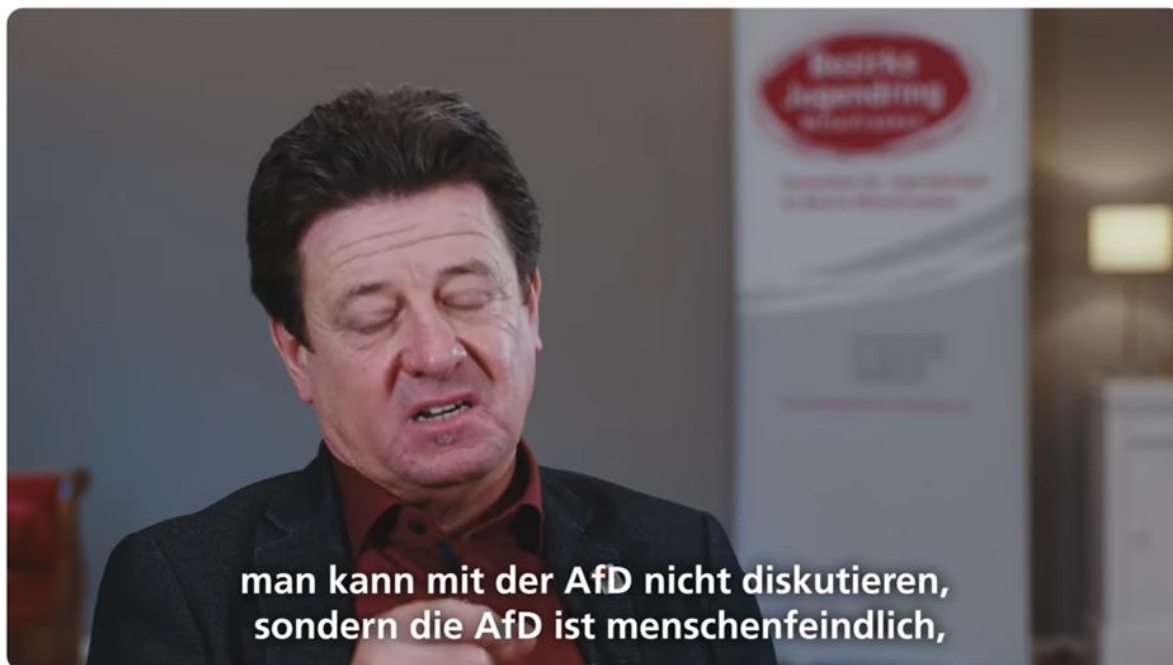
Fürther Kreistagsprotokoll-Auszug: https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/to0050.asp?_ktonr=2238

Der autoritärer Ansatz der "Allianz" wertet Randgruppen oft sogar unfreiwillig auf, ähnlich wie bei der Zunahme der "Reichsbürger" nach sensationssüchtiger Medienberichterstattung und teils von politischer Profilierungssucht getriebenen, übergriffigen Corona-Maßnahmen. Auch kann dies das gegenseitige Aufschaukeln von "Antifa" und Rechtsextremisten, bis hin zu Gewalt gegen Plakate, Infostände und Andersdenkende fördern.

Für ihre Finanzierung versteckt sich die "Allianz" hinter dem bürgerlich klingenden "Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V." und hat ihren Sitz im "Menschenrechtsbüro" der Stadt Nürnberg. 2019 wurde sie so indirekt über das Bundesprogramm "Demokratie leben" mit fast 100.000 € gefördert. Die Anfrage der Union zur notwendigen parteipolitischen Neutralität gemeinnütziger steuerfinanzierten NGOs war auch hier berechtigt und wurde für Mittelfranken vom AfD-Bezirksvorsitzenden bereits in einem [Schreiben an das Finanzamt](#) vorweggenommen.

Nach liberaler Grundauffassung sind Politik und Weltanschauung sowie Staat und Gesellschaft zu trennen. Es herrschen Partizipationsfreiheit, Minderheitenschutz sowie das Recht auf Opposition. Alle diese demokratischen Prinzipien werden von Kommunen und dem von Ihnen getragenen Verein "Europäische Metropolregion Nürnberg e.V." durch ihre Mitgliedschaft in der "Allianz" verletzt. Hier sind nämlich gesellschaftliche Organisationen Hand in Hand mit kommunalen Institutionen tätig, um das politische Engagement von Bürgern zu bewerten, von denen sie selbst eigentlich bewertet werden sollten.

Denn ein demokratischer Willensbildungsprozess verläuft von unten nach oben! In einer liberalen Demokratie dürfen Kritiker nicht mit undemokratischen Mitteln bekämpft, benachteiligt oder gar gleichgeschaltet werden, solange sie sich demokratisch verhalten. Allein zuständig für die Bewertung von Parteien und Einzelpersonen ist das Bundesverfassungsgericht und bei Vereinen das Bundesverwaltungsgericht. Kommunen dürfen sich nur um "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft" kümmern und selbst der Verfassungsschutz muß sich vor Wahlen mit öffentlichen Bewertungen zurückhalten.



Interview mit Stephan Doll von der Allianz gegen Rechtsextremismus



Bezirksjugendring Mittelfranken
49 Abonnenten

Abonnieren

👍 3



🔗 Teilen



Herunterladen



Der Vorsitzende der „Allianz“ in einem Interview auf Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=Hj5yZwS8Xao>

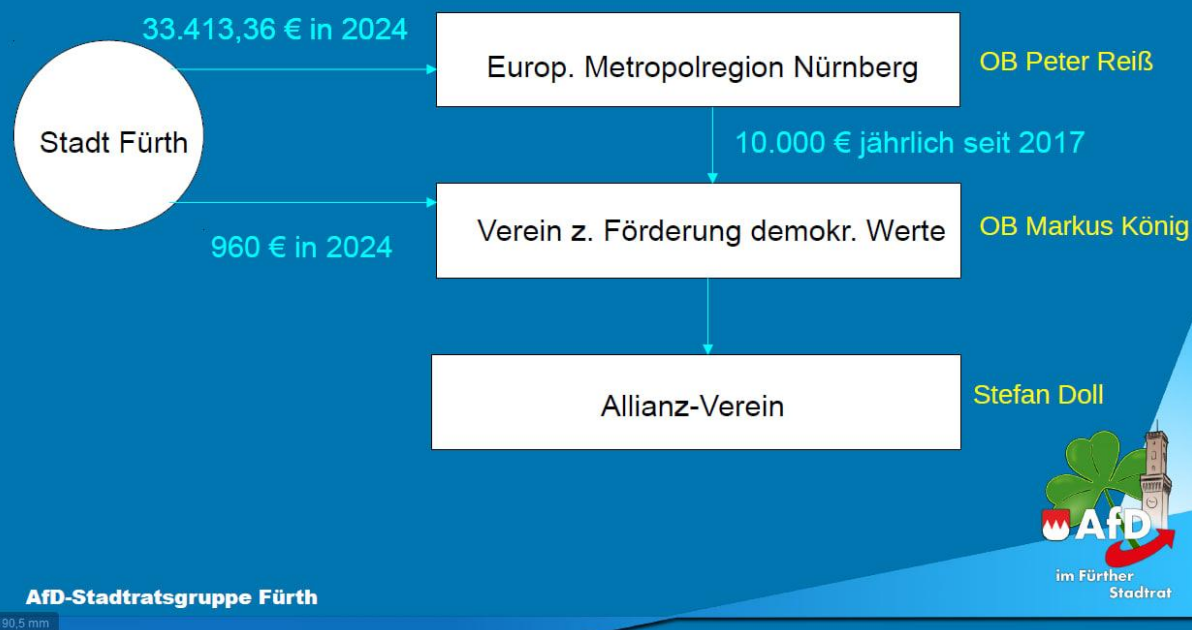
Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat im Falle Nürnbergs bereits die Verletzung der Neutralitätspflicht der Verwaltung und damit eines fundamentalen demokratischen Rechts durch die Mitgliedschaft der Stadt in der "Allianz" festgestellt. Um wieviel größer ist dieser Schaden für die Demokratie als der durch einzelne undemokratische Trittbrettfahrer in allen im Parlament vertretenen Parteien? Die Demokratie sollte schließlich "Heimstatt aller Bürger" sein, die Verwaltung von allen gleichermaßen als vertrauensvoll angesehen werden können und keine Partei im Wettbewerb benachteiligt werden.

MITGLIEDER

Derzeit gehören 165 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 322 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen dem Netzwerk an und die Mitgliederzahlen wachsen kontinuierlich.

Auszug aus der „Allianz“-Seite <https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/allianz>

Metropolregion und Allianz



Anfrage-Ergebnis der AfD-Stadtratsgruppe Fürth: https://stadtrat.fuerth.de/vo0050.asp?_kvonr=64063

DAS HÖCHSTE ORGAN DER ALLIANZ!

Die Mitgliederversammlung der Allianz findet einmal im Jahr statt.

Für Sie als Mitglied der Allianz, ist die Mitgliederversammlung eine tolle Gelegenheit, sich aktiv einzubringen, sich über die Aktivitäten der Allianz zu informieren, eigene Vorschläge einzubringen und alle zwei Jahre die Zusammensetzung des Vorstands und des Koordinierungsgremiums zu bestimmen.

Mitmachen lohnt sich!

Die Mitgliederversammlung ist schriftlich mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch den/die Vorsitzende*n einzuberufen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn dies mindestens ein Fünftel der Mitglieder unter Angabe der Gründe verlangt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können mit einer Frist von zwei Wochen einberufen werden.

Den Ort der Mitgliederversammlung und die Tagesordnung legt der Vorstand in Absprache mit dem Koordinierungsgremium fest.

Die Mitgliederversammlung trifft die in der Satzung genannten sowie alle anderen für die Allianz gegen Rechtsextremismus grundlegenden Entscheidungen.

HIER GEHT'S ZU DEN MV'S DER LETZTEN JAHRE

2022 Mitgliederversammlung, Hybrid aus Nürnberg

2021 Mitgliederversammlung, Digital

2020 Mitgliederversammlung, Hybride Veranstaltung

2019 Mitgliederversammlung, Nürnberg

2018 Mitgliederversammlung, Bamberg

Auszug aus der „Allianz“-Seite-<https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/mitgliederversammlungen>

2. Offene Fragen:

1. Welche Gelder fließen insgesamt von welchen Organisationen an die "Allianz" und sind diese dann noch "gemeinnützig"?
2. Welche materielle und ideelle Unterstützung erfährt die „Allianz“ darüber hinaus?
3. Wie sieht die demokratische Kontrolle der "Allianz" aus? Warum endet die Veröffentlichung der Protokolle der Mitgliederversammlungen in 2022?
4. Welchen Einfluß haben die Mitglieder auf die Ausrichtung ihrer Arbeit? Was wurde getan, um sie gegen jeden Extremismus auszurichten und wie waren die Reaktionen darauf?
5. Wie findet eine Qualitätskontrolle ihrer Arbeit statt? (Zieldefinition, Besucherzahlen von Veranstaltungen, Rückgang von Extremisten oder extremistischen Aktivitäten in der Region, Erreichung von potenziellen Extremismus-Aussteigern, etc.)
6. Welche Querverbindungen hat sie in der Zusammenarbeit mit "antifaschistischen" Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden?
7. Wie groß ist die Gefahr, daß rechtsextreme oder linksextreme Ansichten in der Metropolregion Nürnberg über ein Randphänomen heraus anwachsen?
8. Wieso sind Kommunen in einer Organisation, die in der Frage von Asyl und Migration diametral andere Positionen vertritt als Ihre eigenen Spitzenverbände?

3. Alternative:

Die Partizipationsfreiheit - also die Freiwilligkeit der Mitwirkung - macht es den Parteien zur Aufgabe, selbst von der Demokratie zu überzeugen. Dies ist ein Ansporn, im Sinne des Volkes zu handeln und Zustimmung durch Argumente zu gewinnen. Die Parteien sollten daher wieder mehr Vertrauen in ihre eigene Überzeugungskraft und die Urteilsfähigkeit der Bürger setzen!

Eine positive Alternative zum Extremismus und zur Spaltung der Gesellschaft überzeugt durch offene und breite Möglichkeiten der Debatte und mehr direktdemokratische Mitbestimmung. Unterstützt und gefördert werden könnten dafür überparteiliche Veranstaltungen zu den aktuellsten umstrittenen Themen, bei denen gegensätzliche Standpunkte vorgestellt und diskutiert werden. Hier sollten auch politische Ränder Anregungen geben können und so möglichst viele Bürger in die Demokratie integriert werden, statt sie einzuschüchtern und in die Arme von Extremisten zu treiben.

Viele Wähler haben mehr Interesse an einer solchen anregenden und offenen Debatte, statt bereits von vornherein erwartbare Inhalte mit selbstverständlichen Allgemeinplätzen in der Art von Sonntagsreden präsentiert zu bekommen. Volkshochschulen, die ["Bundeszentrale für politische Bildung"](#), die Kirchen oder z.B. der gemeinnützige Verein ["Mehr Demokratie"](#) können hier tätig sein. Demokratie lebt von Kritik. Sie überzeugt in gewinnender Praxis und nicht als Kampfbegriff gegen Andersdenkende.

Aber vor allem: **„Demokraten erkennt man an den Taten!“**

4. Fazit:

Eine Mitgliedschaft von Kommunen in der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ ist widersinnig, weil

1. jedem Bürger die Neutralität der Verwaltung zusteht
2. die Chancengleichheit der Parteien zu gewährleisten ist
3. geregelte Einwanderung nicht rechtsextrem, sondern im Interesse der Kommunen ist
4. die Kommunen nur Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft regeln dürfen
5. Staat und Gesellschaft zu trennen sind
6. Politik und Weltanschauung zu trennen sind
7. der bayerische Verfassungsschutz mehr andere Extremisten zählt
8. eine offene Debattenkultur besser gegen Extremismus wirkt.

5. Hintergrund-Links:

- Urteil des BayVGh gegen die Stadt Nürnberg:
https://vgh.bayern.de/mam/gerichte/bayvgh/presse/4_b_23.2005.pdf
- „kommunal.de“ zum o.g. Urteil:
<https://kommunal.de/neutralitaetspflicht-stadt-muss-allianz-gegen-rechtsextremismus-verlassen>
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages zum Neutralitätsgebot:
<https://www.bundestag.de/resource/blob/962724/ef173d35aed44d843a6543628c229e6e/WD-3-085-23-pdf-data.pdf>
- Antrag der AfD-Kreistagsfraktion (Landkreis Fürth) zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“:
<https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=563720&type=do>
- Beschlussvorlage der Verwaltung des Landkreis Fürth zum o.g. Antrag:
<https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=564520&type=do>
- Unterlassungserklärung des Vorsitzenden der „Allianz gegen Rechtsextremismus“:
<https://www.hoecker.eu/news/h%C3%B6cker-stoppt-kampagne-des-dgb-gesch%C3%A4fts%C3%BChrers-stephan-doll-gegen-den-afd-politiker-martin-sichert>

Ein Positionspapier von

